Entwurf der Satzung zur Änderung der Satzung zur Regelung der Anbringung und Gestaltung von Werbeanlagen und Automaten in Offenburg (Werbeanlagensatzung)

Stand 10/2017

Änderungsentwurf Änderungen sind <i>kursiv / grün</i> dargestellt	Begründung / Erläuterung
<i>Aufgrund der §§ 74 und 75 der Landesbauordnung (LBO) i.d.F. vom 08. August 1995, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23. Februar 2017 (GBl. S. 99) in Verbindung mit § 4 der Gemeindeordnung (GemO) für Baden-Württemberg i.d.F. vom 24. Juli 2000, zuletzt geändert durch Verordnung vom 23.02.2017 (GBl. S. 99) hat der Gemeinderat der Stadt Offenburg am xx.xx.20xx folgende Satzung beschlossen:</i>	Anpassung an aktuelle Rechtsgrundlage. Die Änderungssatzung erhält eine neue Präambel.
§ 1 Allgemeine Anforderungen an Werbeanlagen Werbeanlagen (§ 2 Abs. 8 Abs. 9 LBO) müssen den Maßstab, den gestalterischen Charakter des Gebäudes und des städtebaulichen Raumes berücksichtigen. Sie müssen sich in Größe, Farbe, Form, Werkstoff und Anbringungsart in das Orts-, Straßen- und Landschaftsbild einfügen. Unzulässig sind Werbeanlagen, die verunstaltend wirken, und zwar insbesondere durch regellose Anbringung, Häufung, Wiederholung, Verdecken und Überschneiden von Architekturteilen, grelle Farbgebung oder Beleuchtung sowie auf geneigten Dächern und an Schornsteinen.	Anpassung an aktuelle Rechtsgrundlage Eine allgemeine Erläuterung zum Umfang der mit der Satzung geregelten Werbeanlagen findet sich im Gestaltungshandbuch. Das Interesse des Einzelnen sich durch ein „Mehr“ an Werbeanlagen zusätzliche Aufmerksamkeit zu verschaffen und damit von der Umgebung abzuheben ist zwar verständlich, führt aber zu einem „Wettlauf“, an dessen Ende zwangsläufig eine qualitative Abwertung der gesamten Geschäftslage steht. Mit der Werbeanlagensatzung konnte in dieser Hinsicht eine gute Balance gefunden werden, die sowohl die Bedürfnisse der Gewerbetreibenden nach ausreichenden Werbemöglichkeiten als auch den Forderungen der Allgemeinheit nach

	einem qualitativollen Stadtbild Rechnung trägt.
<p>§ 2 Zulässigkeit von Werbeanlagen in Wohngebieten, Dorfgebieten, und der Schutzzone II</p> <p>1) In den durch Bebauungsplan festgesetzten Kleinsiedlungsgebieten (WS), Reinen (WR), Allgemeinen (WA) und Besonderen Wohngebieten (WB) und Dorfgebieten (MD) sowie in der in der Übersichtskarte als wesentlicher Bestandteil der Satzung dargestellten Zone II sind nur Werbeanlagen an der Stätte der Leistung gem. § 3 sowie für Anschläge bestimmte Werbeanlagen gem. § 4 zulässig. Sie können Werbung für Hersteller oder Zulieferer mit anderen Betriebstätten enthalten (gemischte Werbeanlagen), wenn sie einheitlich gestaltet sind und die Werbung für den genannten Hersteller und Zulieferer nicht störend hervor tritt.</p> <p>2) Auf Bahnanlagen im Bereich der Zone II unterliegen Werbeanlagen mit bahnfremden Inhalt, die ihre Wirkung in den öffentlichen Raum entfalten, der Genehmigungspflicht nach dieser Satzung.</p> <p>3) Soweit Baugebiete nicht aufgrund der Baunutzungsverordnung festgesetzt sind, sind die Vorschriften entsprechend der vorhandenen Bebauung sinngemäß anzuwenden.</p>	
<p>§ 3 Werbeanlagen an der Stätte der Leistung</p> <p>(1) <i>Für die</i> Die nach § 2 an der Stätte der Leistung zulässigen Werbeanlagen <i>gilt § 3 Abs. 1 bis 4. Sie</i> sollen zum Schutz der rückwärtigen Wohn- bzw. Grünbereiche nur an den straßenseitigen Fassaden angebracht werden und zwar:</p> <p>1. bei mehrgeschossigen Fassaden in der Regel im Bereich des untersten voll sichtbaren Geschosses bis zur Unter-</p>	<p>Klarstellung, dass die Regelungen in § 3 nur in der Schutzzone II und in diversen Baugebieten wie z.B. WA gelten, nicht jedoch generell in der Schutzzone I (Altstadt) sowie in sonstigen Gebieten (z.B. Gewerbegebiete). In Schutzzone I gilt wie bisher § 10 der Werbeanlagensatzung.</p>

<p>kante der Fenster des darüber liegenden Geschosses; Ausnahmen sind zulässig, wenn die Werbeanlage in dem angegebenen Bereich aus technischen oder gestalterischen Gründen nicht angebracht werden kann;</p> <p>2. bei eingeschossigen Fassaden bis unterhalb der Dachtraufe;</p> <p>3. bei fensterlosen Fassaden sowie Giebelfassaden entsprechend Nr. 1 und 2.</p> <p>(2) Bandartige Werbeanlagen z.B. als Schriften oder Tafeln sind bis zu einer Höhe von max. 0,60 m zulässig. Die Höhe von Auslegern und Symbolen (<i>Firmenzeichen</i>) auf der <i>Fassade</i> wird auf 1,5 m begrenzt.</p> <p>Werbeanlagen von mehr als 1,0 m² Größe müssen parallel zur Fassade angebracht werden.</p> <p>(3) Schaukästen, die vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind, sind nur in Verbindung mit einer Gebäudewand zulässig. Sie dürfen nicht mehr als 1/3 der Gebäudefront einnehmen, wobei einzelne Kästen eine maximale Größe von 1,00 m Breite und 1,5 m Höhe haben dürfen.</p> <p>Im Übrigen können Werbeanlagen ohne Verbindung mit der straßenseitigen Fassade zugelassen werden, wenn die Gebäude mehr als 3,0 m von der Straßenbegrenzungslinie zurückgesetzt sind und die Werbeanlage nicht größer als 0,75 qm ist.</p> <p>(4) Werbeanlagen in Form von fest angebrachten Anschlägen und Folien an Schaufensterscheiben und Türen (bedruckte Folien, Folienschriften, Plakatanschläge u. a.) <i>sowie Werbeschilder, Werbebanner und Monitore u. a. unmittelbar hinter der Verglasung</i> dürfen 30% der Schau-</p>	<p>zu Abs. 2: Vorgeschlagen wird eine Klarstellung, dass mit dem Begriff „Symbol“ auf der Fassade aufgebrachte Firmenzeichen oder Firmenlogos gemeint sind.</p> <p>Teilweise werden auch senkrechten Bänder bzw. Schriftzüge gewünscht. Es wird nicht für sinnvoll gehalten die Regelung dahin gehend auszuweiten, hier sollte im Einzelfall eine Befreiung geprüft werden.</p> <p>zu Abs. 4: Häufiger wird versucht die Werbeanlagensatzung durch Werbeanlagen unmittelbar hinter der Verglasung von Schaufensterscheiben zu umgehen. Eine solche Werbeanlage ist aber genauso an den öffentlichen Raum gerichtet, wie beispielsweise eine Folie auf der Verglasung oder ein Schild an der Putzfassade über dem Schaufenster. Damit zukünftig hier klare Regelungsoptionen bestehen, die einen Erhalt der Schaufensterfunktion sichern, wird vorgeschlagen die Regelung wie dargestellt zu ergänzen.</p>
---	---

<p>fensterfläche nicht überschreiten. Neonfarben sowie grelle, reflektierende oder fluoreszierende Farben sind nicht zulässig.</p>	<p>Schaufenster sind als belebendes Element der Erdgeschosszone stadtgestalterisch von großer Bedeutung. Das Schaufenster als Werbefläche einzusetzen ist für den Stadtraum und den Erlebnischarakter der Einkaufslage in der Regel kontraproduktiv. Es soll deshalb im Handbuch klargestellt werden, dass Schaufenster nur dann Schaufenster im Sinne dieser Satzung sind, wenn sie auch tatsächlich als solche genutzt werden. Das heißt, dass sie Einsicht in die Räumlichkeiten des Gewerbebetriebes ermöglichen und / oder in ihnen Produkte oder Objekte, die mit dem Angebot des Gewerbebetriebes in unmittelbarem Zusammenhang stehen, ausgestellt sind.</p> <p>Lage und Größe von Schaufenstern sind in der WAS nicht geregelt. Im Sinne der Satzung sind sie keine Werbeanlagen. Liegen Schaufenster in Obergeschossen besteht das Problem, dass diese durch das Beschichten mit bedruckter Folie oder das Hinterspannen mit Werbebannern usw. als Werbeschild wirken können. Je nach Höhenlage würde dadurch die WAS unterlaufen. Auch nach der Erhaltungs- und Gestaltungssatzung für die Altstadt gilt entsprechend § 7 (6), „Werbung in Fenstern über dem Erdgeschoss ist nicht zulässig“.</p> <p>Es soll deshalb klargestellt werden, dass Werbeanlagen in „Form von fest angebrachten Anschlägen und Folien...“ nur bei Schaufenstern im Erdgeschoss bzw. bis zur Unterkante der Fensterzone im 1. Obergeschoss (sinngemäß § 3.1) angebracht werden dürfen. Damit kann auch ausgeschlossen werden, dass „normale“ Fenster in Obergeschossen als Schaufenster „deklariert“ werden, um sie dann teilweise mit Werbung bekleben zu dürfen.</p> <p>In der Schutzzone I gilt § 10 der Satzung, nach dem in Abs. 3 eine generelle Beschränkung auf eine Höhe von 50 cm geregelt ist, so dass hier z.B. eine großflächige Schaufensterbeklebung mit Werbung ohnehin nicht zulässig ist.</p>
<p>§ 4 Für Anschläge bestimmte Werbeanlagen, Großbildwände und Sammelhinweise</p> <p>(1) In den Gebieten nach § 2 und im Bereich der in der Übersichtskarte als wesentlicher Bestandteil der Satzung dargestellten Zone II sind Werbeanlagen, die für Anschläge bestimmt sind, nur als Säulen und an Buswartehäuschen in</p>	

Schaukästen zulässig:

1. Säulen (Litfasssäulen) sind bis zu folgenden Höchstmaßen zulässig:
Höhe 3,60m, Außendurchmesser 1,30 m, Umfang 4,26 m
2. Anschläge sind in Schaukästen an Buswartehäuschen in folgenden Höchstmaßen zulässig: Maximal 2 Tafeln von je 2 m Höhe und 1,25 m Breite. Werbung an der Attika ist nicht zulässig.
3. Ausgenommen sind ansprechend gestaltete Anlagen der Stadtinformation mit Flächen für temporäre Hinweise auf kulturelle Ereignisse, Messen u. a. sowie Anlagen der Hotelwegweisung (keine Werbung).

(2) In sonstigen Gebieten dürfen Anschlagtafeln folgende Höchstmaße nicht überschreiten: Höhe 2,70 m, Breite 3,80 m (Außenmaß), Abstand vom Boden 0,60 m. Es dürfen maximal 2 Tafeln je Aufstellungsort errichtet werden. Die Aufstellungsorte müssen mindestens 200 m voneinander entfernt sein.

(3) Großbildwände mit wechselnder Bilddarstellung (z. B. Trivisions-/Multivisions-wände, Videowände und vergleichbare Formen) sind hinsichtlich der Zulässigkeit den Anschlagtafeln (gemäß § 4 Abs. 2) gleichgestellt. Großbildwände dürfen folgende Höchstmaße nicht überschreiten: Höhe 3,00 m, Breite 4,00 m, Abstand vom Boden 2,30 m.

(4) LED Videowände können darüber hinaus auch in abweichenden Höchstmaßen zugelassen werden, wenn die Anlagen in Verbindung mit kommerzieller Werbung auch der Stadtinformation, der kommunalen Berichterstattung und kulturellen bzw. allgemeinen Veranstaltungsanzeige dienen. Die straßenrechtlichen Vorschriften nach § 9 Fernstraßengesetz

<p>bzw. § 22 Straßengesetz Baden-Württemberg bleiben unberührt.</p> <p>(5) Sammelhinweise auf Geschäfte in untergeordneten Seitenstraßen sind in Gebieten nach § 2 nur dann zulässig, wenn sie der Verbesserung der Auffindbarkeit von Konzentrationen abseits liegender Geschäfte dienen. Hinweise auf einzelne Geschäfte sind in diesen Gebieten nicht zulässig.</p> <p>Sammelhinweise müssen nach einheitlichem Muster gestaltet werden. Die Breite darf 0,80 m, die Höhe 2,20 m nicht überschreiten. Einzelne Schilder dürfen maximal 0,20 m hoch und 0,80 m breit sein.</p>	
<p>§ 5 Automaten</p> <p>Für Automaten, die vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar sind, gilt § 1 und § 3 Abs. 3 entsprechend.</p>	
<p>§ 6 Unzulässige Werbeanlagen</p> <p>(1) Sich bewegende Werbeanlagen und Lichtwerbung in Form von Lauf-, Wechsel- oder Blinklicht sind in allen Gebieten unzulässig.</p> <p>(2) Großflächenwerbung (über 12 qm) an Fassaden oder Brandwänden ist in allen Gebieten unzulässig.</p>	
<p>§ 7 Werbeanlagen an Kulturdenkmälern</p> <p>(1) An Kulturdenkmälern nach § 2 bzw. § 12 (DschG) dürfen Aufschriften und Werbeanlagen nur mit Genehmigung der Denkmalschutzbehörden angebracht werden (§ 8 bzw. 15 DschG). Dies gilt auch für die Umgebung von Kulturdenkmälern nach § 12 DschG (§ 15 DschG).</p>	

<p>(2) Sofern von den Denkmalschutzbehörden nicht weitergehende Forderungen gestellt werden, müssen Werbeanlagen an Kulturdenkmälern grundsätzlich den Bestimmungen des § 10 dieser Satzung entsprechen.</p>	
<p>§ 8 Baugenehmigung und Genehmigungspflicht</p> <p>(1) Die Errichtung von Werbeanlagen, Automaten und Schaukästen bedarf der Baugenehmigung.</p> <p>(2) Einer Baugenehmigung bedarf es nicht für Werbeanlagen, die im Innenbereich an der Stätte der Leistung nur vorübergehend angebracht oder aufgestellt werden sowie für Schilder bis 0,2 qm Größe.</p> <p>(1) Die Genehmigungspflicht für die Errichtung von Werbeanlagen, Automaten und Schaukästen richtet sich nach der Landesbauordnung.</p> <p>(2) Auch verfahrensfreie Werbeanlagen, Automaten und Schaukästen müssen die materiellen Regelungen dieser Satzung einhalten. Ist für verfahrensfreie Vorhaben eine Abweichung, Ausnahme oder Befreiung erforderlich, so ist diese gem. § 56 Abs. 6 LBO schriftlich zu beantragen.</p> <p>(3) Auch verfahrensfreie Werbeanlagen, Automaten und Schaukästen sind der zuständigen Baurechtsbehörde der Stadt Offenburg gem. § 74 Abs. 1 Nr. 6 LBO zur Kenntnis zu geben.</p>	<p>Anpassung an aktuelle Rechtslage</p> <p>Die Landesbauordnung regelt im Anhang zu § 50 Abs. 1 in Nummer 9, welche Werbeanlagen und Automaten verfahrensfrei errichtet werden können.</p> <p>Dennoch müssen sich auch verfahrensfreie Vorhaben an die inhaltlichen Regelungen dieser Satzung halten. Um die Zulässigkeit auch von verfahrensfreien Werbeanlagen, Automaten und Schaukästen prüfen zu können, wird daher gem. § 74 Abs. 1 Nr. 6 LBO die Pflicht zur Kenntnissgabe eingeführt.</p>
<p>§ 9 Bauantragspläne für Werbeeinrichtungen</p> <p>Bauvorlagen für Werbeanlagen müssen den Anforderungen des § 13 LBOVVO (Verordnung über das baurechtliche Verfahren)</p>	<p>Redaktionelle Korrektur</p>

<p><i>Verfahrensverordnung zur Landesbauordnung</i>) entsprechen.</p>	
<p>§ 10 Besonderer Schutz der Altstadt</p> <p>Für Werbeanlagen an Gebäuden, welche sich in dem dieser Satzung als wesentlicher Bestandteil angeschlossenen Plan durch Farbeinzeichnungen (Grün) gekennzeichneten Bereich befinden (<i>besondere Schutzzone I</i>), gelten die Bestimmungen des § 10. Die besondere Schutzzone wird begrenzt durch die Grabenallee im Süden, Mühlbach, Wasserstraße, Zwingerplatz im Westen, Okenstraße, Gustav-Rée-Anlage im Norden und Bahngraben im Osten.</p> <p>(1) Werbeanlagen sind in ihrer Gestaltung dem historischen Stadtbild anzupassen. Dies gilt auch für serienmäßig hergestellte Firmenwerbung einschließlich registrierter Waren- und Firmenzeichen. <i>Werbeanlagen sind in der Schutzzone I nur an der Stätte der Leistung zulässig. Sie können Werbung für Hersteller oder Zulieferer mit anderen Betriebstätten enthalten (gemischte Werbeanlagen), wenn sie einheitlich gestaltet sind und die Werbung für den genannten Hersteller und Zulieferer nicht störend hervor tritt.</i></p> <p>(2) Werbeanlagen sind nur <i>an Gebäudefassaden</i> zulässig <i>und dort nur</i> im Erdgeschoss und in der Brüstungszone des ersten Obergeschosses, wenn im Erdgeschoss eine Unterbringung nicht möglich ist. Die Brüstungszone im ersten Obergeschoss darf nicht in Zusammenhang mit Werbung verändert, z. B. abweichend von der übrigen Gestaltung der Obergeschosse gestrichen oder verkleidet werden. Bauteile und Gestaltungselemente, die dem Gebäude ihr charakteristisches Gepräge geben, dürfen in ihrer Wirkung nicht beeinträchtigt werden.</p>	<p>Die „Schutzzone I“ wird bisher erst in § 14 genannt. Daher wird bereits hier zur Klarstellung der Begriff eingefügt.</p> <p>zu Abs. 1: Klarstellung, dass es auch für die Schutzzone I eine Beschränkung auf Werbung an der Stätte der Leistung gibt analog zu § 2 der Satzung für die Schutzzone II sowie in Wohngebieten usw.</p> <p>zu Abs. 2: Klarstellung, dass Werbeanlagen in der Schutzzone I grundsätzlich nur am Gebäude selbst zulässig sind und keine freistehenden Werbeanlagen. Die Brüstungszone soll nicht zu einem „großen Schild“ gemacht werden.</p> <p>zu Abs. 3: Entsprechend § 12 (2) können Ausnahmen von Satzungsbestimmungen, die als Regel- oder Sollvorschriften aufgestellt sind, im Einzelfall auch von den Maßvorschriften zugelassen werden, wenn eine Werbeanlage keine</p>

- (3) Die Gesamthöhe von Werbeanlagen und Schriften muss den Proportionen des Gebäudes entsprechen und darf die Höhe von 0,50 m nicht überschreiten. Einzelbuchstaben und Zeichen können hierbei bis 0,60 m hoch sein.

Kästen als Ausleger und Kästen oder Tafeln parallel zur Fassade dürfen höchstens die Maße 0,60 m x 0,60 m haben und 15 cm dick sein.

Ausleger dürfen bei einem Wandabstand von maximal 15 cm nicht mehr als 0,75 m ausladen. Bei künstlerisch gestalteten Auslegern, die nicht selbst leuchten, können Ausnahmen gemacht werden. Die Werbefläche darf hierbei jedoch 0,64 qm nicht überschreiten.

Je Gewerbeeinheit im Erdgeschoss sind ein Kasten oder eine Tafel parallel zur Fassade und ein Kasten oder eine Tafel als Ausleger zulässig.

- (4) Für die Art der Beleuchtung gilt Folgendes:

Trägeranlagen und einzeln angebrachte Buchstaben *dürfen sowohl von innen als auch von außen* dürfen nur von innen beleuchtet werden. ~~Hierbei dürfen nur Schrift, Zeichen und Symbole, nicht aber der Schriftgrund und die Seiten (Zargen) der Anlage beleuchtet sein.~~ Bei einzeln angebrachten Buchstaben ist auch eine nach hinten abstrahlende Beleuchtung zulässig. *Die Ausführung der Beleuchtung muss so erfolgen, dass sie auf die Werbeanlage beschränkt bleibt und eine Blendung der Umgebung ausgeschlossen ist. Das Anstrahlen von außen ist nur dann zulässig, wenn sich die eingesetzten Strahler gestalterisch der Werbeanlage und der Fassadenausbildung deutlich unterordnen.*

Werbeanlagen mit wechselndem Licht oder *Lichtprojekti-*

größere Fläche aufweist, als nach der Satzung möglich wäre. Damit sind auch Ausleger oder Schilder bis 0,36 m² in anderen Proportionen möglich, z.B. 1,00 x 0,36 m.

Beispiele von künstlerischen Auslegern (historische aufwendige schmiedeeiserne Konstruktionen) im Handbuch darstellen.

Immer wieder war bei Genehmigungsverfahren die Anzahl an Auslegern ein Thema, gerade bei gewerblichen Nutzungen in den Obergeschossen. Es erscheint deshalb sinnvoll, eine entsprechende Klarstellung einzuführen. einzuführen, um eine gestalterisch problematische, gehäufte und dichte Anbringung zu vermeiden.

Auch Gewerbeeinheiten in Obergeschossen können so beispielsweise mit einem Ausleger werben, wenn sich die Gewerbeeinheit im Erdgeschoss auf einen Schriftzug an der Wand beschränkt. In der gleichen Logik wäre so auch ein Plakataufsteller für eine Gewerbeeinheit im Obergeschoss möglich, wenn diese Option nicht durch das Gewerbe im Erdgeschoss genutzt wird (vgl. hierzu Neufassung der Richtlinien zur Sondernutzung).

Bei überdurchschnittlichen Fassadenlängen können auf Grundlage von § 12 über eine begründete Ausnahme im Einzelfall auch weitere Kästen zugelassen werden.

zu Abs. 4: Die ausschließliche Zulassung der Innenbeleuchtung von Trägeranlagen erscheint nicht praxistauglich zu sein. Häufig wurden daher auch bisher bereits Strahler an der Fassade genehmigt; Probleme ergaben sich hier in der Regel nicht.

Auch vom Ausschluss der Beleuchtung des Schriftgrundes wurden bereits Abweichungen zugelassen bzw. erscheinen vertretbar. Bei der beschränkten zulässigen Gesamtfläche der Trägeranlagen kann auch eine vollflächige Beleuchtung ohne wesentliche gestalterische Probleme erfolgen.

Daher soll die Regelung §10 (4) dahingehend geändert werden, dass zukünftig auch das Anstrahlen von Werbeanlagen unter bestimmten Bedingungen zugelassen werden kann. Hierfür spricht auch, dass sich die Beleuchtungstechnik in den letzten Jahren erheblich weiterentwickelt hat. Beispielsweise können mittlerweile sehr kleine unauffällige LED-Strahler „punktgenau“ und blendfrei eingesetzt werden. Ebenfalls für einen Lockerung der Regelung spricht, dass ohne

<p>onen mit nicht abgedeckten Lichtquellen sind nicht zulässig. <i>Der elektrische Anschluss für die Beleuchtung der Werbeanlage muss verdeckt erfolgen.</i></p> <p>(5) Lichtwerbung in grellen oder fluoreszierenden Farben ist nicht zulässig.</p> <p>(6) Werbeschriften auf Markisen dürfen nicht länger als ½ der Markisenlänge sein.</p> <p>(7) Für Anschläge bestimmte Werbeanlagen sind nur in Form von Säulen in einer Größe von 2,40 m Höhe (ohne Dach) und 0,85 m Durchmesser (Klebefläche maximal 5,3 m²) zulässig. Sie sollen der Bekanntmachung kultureller und sportlicher sowie sonstiger nicht kommerzieller Veranstaltungen dienen.</p> <p>(8) Automaten sind nur in Haus- und Ladeneingängen, Hofeinfahrten oder Passagen zulässig.</p> <p>(9) <i>Werbeanlagen in Form von fest angebrachten Anschlägen und Folien an Schaufensterscheiben und Türen (bedruckte Folien, Folienschriften, Plakatanschlüsse u. a.) sowie Werbeschilder, Werbebanner und Monitore u. a. unmittelbar hinter der Verglasung dürfen 30% der Schaufensterfläche nicht überschreiten. Neonfarben sowie grelle, reflektierende oder fluoreszierende Farben sind nicht zulässig.</i></p>	<p>den Einsatz von Strahlern gestalterisch positive Werbeanlagen, wie z.B. auf der Fassade aufgemalte Schriftzüge oder historische Ausleger ansonsten nicht beleuchtet werden könnten.</p> <p>Da es häufiger gestalterische Probleme mit auf der Fassade laufenden Kabeln gab, wird die Einführung einer entsprechenden Regelung hierzu vorgeschlagen. Ein Ausschluss von „nicht abgedeckten Lichtquellen“ ist nicht mehr sinnvoll, wenn zukünftig auch Strahler zugelassen werden. Der Einsatz von Anlagen zur Lichtprojektion z.B. mit Lasern projizierte Logos auf dem Stadtboden soll mit dieser Ergänzung ausgeschlossen werden.</p> <p>zu Abs. 7: Vermutlich war zum Zeitpunkt der Einführung der Werbeanlagensatzung die breite Einführung von solchen „kleinen Litfaßsäulen“ für nicht kommerzielle Anwendungen geplant. Dies ist aber offensichtlich nicht durchgeführt worden. Im Übrigen sind Werbeanlage nach § 2 (8) Landesbauordnung (LBO) nur dann als solche zu bezeichnen, wenn sie als Hinweis auf Gewerbe oder Beruf dienen. Damit unterliegen Bekanntmachungen für kulturelle und sportliche sowie sonstige nicht kommerzieller Veranstaltungen nicht dieser Satzung. Aus diesem Grund wird der Entfall dieser Regelung vorgeschlagen.</p> <p>zu Abs. 9: Diese Regelung soll explizit auch für die Schutzzone I Anwendung finden und wird daher zur Klarstellung im entsprechenden § 10 nochmals eingefügt; zur Begründung vgl. § 3 Abs. 4</p>
<p>§ 11 Bestehende Werbeanlagen</p> <p>Die Genehmigungsbehörde kann bei Wegfall früherer Voraussetzungen die Bestimmungen dieser Satzung auch auf bestehende Werbeanlagen anwenden und Instandsetzungen bzw.</p>	

<p>Erneuerung vorhandener oder die Wiederanbringung abgebauter Anlagen versagen, wenn sie den Anforderungen dieser Satzung nicht entsprechen.</p>	
<p>§ 12 Ausnahmen, Befreiungen und Freistellungen</p> <p>(1) Von den Vorschriften dieser Satzung können gemäß § 57 § 56 der Landesbauordnung Ausnahmen und Befreiungen gewährt werden, wenn die bauordnungsrechtlichen Voraussetzungen hierfür vorliegen. Mit den öffentlichen Belangen ist eine Ausnahme oder Befreiung in der Regel vereinbar vereinbar, wenn die in § 1 formulierten allgemeinen Anforderungen erfüllt bleiben.</p> <p>(2) Ausnahmen von Satzungsbestimmungen, die als Regel- oder Sollvorschriften aufgestellt oder in denen ausdrücklich Ausnahmen vorgesehen sind, können im Einzelfall auch von den Maßvorschriften dieser Satzung zugelassen werden, wenn eine Werbeanlage keine größere Fläche aufweist oder einnimmt, als nach der Satzung möglich wäre.</p> <p>(3) Ausnahmen von den Maßvorschriften können auch dann gemacht werden, wenn auf Grund übergroßer Gebäudeproportionen ein Missverhältnis hinsichtlich der Maßstäblichkeit entstehen würde.</p> <p>(4) Eine Befreiung wegen offenbar nicht beabsichtigter Härte kann erteilt werden, wenn bei Einhaltung einer zwingenden Satzungsvorschrift das Grundbedürfnis nach angemessener Werbung nicht befriedigt werden kann.</p> <p>(5) Im Bereich von Mischgebieten und Kerngebieten mit überwiegend gewerblicher Prägung können Ausnahmen von den Festsetzungen des § 2 Abs. 1 – Einschränkungen</p>	<p>Redaktionelle Änderung</p>

<p>gen von Werbeanlagen auf die Stätte der Leistung zugelassen werden.</p>	
<p>§ 13 Ordnungswidrigkeiten</p> <p>Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften dieser Satzung können gemäß § 75 Abs. 3 Nr. 2 und Abs. 4 als Ordnungswidrigkeiten mit einer Geldbuße bis zu 50.000 100.000,- Euro geahndet werden.</p>	<p>Anpassung an aktuelle LBO</p>
<p>§ 14 Bestandteile der Satzung</p> <p>Die Satzung besteht außer den textlichen Festsetzungen aus einem Übersichtsplan M. 1 : 7.500 4.000 mit Darstellung der Schutzzone II gemäß §§ 2 - 4 sowie der Schutzzone I Altstadtbereich , in der die Bestimmungen des § 10 dieser Satzung Anwendung finden.</p>	<p>Zur 3. Änderung ist ein Plan im Maßstab 1:4000 beigefügt.</p>
<p>§ 15 Inkrafttreten</p> <p>(1) Die Neufassung der Satzung tritt nach § 74 Abs. 6 der Landesbauordnung in Verbindung gemäß § 10 des Baugesetzbuches an dem Tag der öffentlichen Bekanntmachung ihrer rechtsaufsichtlichen Genehmigung in Kraft. Die alte Fassung tritt damit außer Kraft.</p> <p>(2) Der der Satzung als wesentlicher Bestandteil angefügte Plan M. 1 : 12.500 4.000 mit Darstellung der Schutzzone I gemäß § 10 und der Schutzzone II gem. §§ 2 und bis 4 der Satzung liegt zu jedermanns Einsicht im Fachbereich 5.1 Stadt- und Umweltplanung 3 Stadtplanung und Baurecht, Abt. 3.1 Stadtplanung und Stadtgestaltung, Wilhelmstraße 12 Erdgeschoss, Zimmer 133, während</p>	<p>Diese Genehmigungspflicht besteht nicht mehr. Die Änderungssatzungen treffen jeweils in Artikel 2 eine eigene Regelung zum Inkrafttreten.</p> <p>Zur 3. Änderung ist ein Plan im Maßstab 1:4000 beigefügt.</p> <p>Redaktionelle Korrektur</p>

der üblichen Dienststunden offen.	
-----------------------------------	--